

Gutachten

Wahrnehmungen und Einschätzungen der Person und der Amtsführung des Oberbürgermeisters Carl Neinhaus in der Zeit des Nationalsozialismus in Öffentlichkeit und historischer Forschung von seinem Tod bis zur Gegenwart

1. Fragestellung

In Reaktion auf die Aufnahme des Grabes von Maria Hübner auf dem Bergfriedhof in die Liste der Heidelberger Ehrengräber kam es im April 2021 zu öffentlichen Diskussionen über den ebenfalls auf diese Weise geehrten früheren Oberbürgermeister (1929–1945, 1952–1958) Carl Neinhaus, die die Rhein-Neckar-Zeitung in der schlagzeilenträchtigen Frage zuspitzte: „Wird Oberbürgermeister Neinhaus das Ehrengrab entzogen?“

Um zur Beantwortung dieser Frage eine sachliche Grundlage zu finden, hat die Stadtverwaltung Heidelberg den Unterzeichneten mit der Erstellung eines Gutachtens beauftragt, das klären soll, ob die Voraussetzungen, die der Zuspprechung eines Ehrengrabes für Oberbürgermeister Neinhaus zu Grunde lagen, nach dem heutigen Stand der historischen Forschung noch zutreffen. Hierzu ist nötig nachzuzeichnen, wie sich die Wahrnehmungen und Einschätzungen der Person und der Amtsführung in Öffentlichkeit und historischer Forschung von seinem Tod bis zur Gegenwart verändert haben. Das Augenmerk gilt dabei insbesondere seinem Verhalten in der Zeit des Nationalsozialismus, da dieses den Anstoß für die Diskussionen über das Ehrengrab gegeben hat. Eine Gesamtwürdigung von Neinhaus, die seine Verdienste um die Stadt in der Endphase der Weimarer Republik und in seiner Nachkriegsamszeit berücksichtigt, ist mit dem Gutachten nicht intendiert.

In seinem Aufbau folgt das Gutachten weitgehend der Chronologie: Im Anschluss an eine knappe Zusammenstellung wichtiger biografischer Fakten wird dargelegt, welche Motive die Verleihung des Ehrenbürgerrechts an Neinhaus zu seinem 75. Geburtstag im Jahr 1963 und die zwei Jahre später erfolgte Widmung seines Grabes als „Ehrengrab“ hatten. Dem folgt ein Überblick der öffentlichen Diskussionen der Jahrfünfte vor und nach der Jahrtausendwende, die mit der von Horst Ferdinand vorgelegten Biografie den ersten Versuch hervorbrachten, das Leben und Wirken von Neinhaus umfassend zu würdigen. Von den überwiegend kritischen Reaktionen auf diese Publikation ist überzuleiten auf die jüngsten Bewertungen, insbesondere auf den Aufsatz von Reinhard Riese über Neinhaus in einem Sammelband über „NS-Belastete aus Nordbaden“. Abschließend werden in kritischer Bewertung der bisher vorliegenden Publikationen einige Probleme der Amtsführung von Neinhaus vor dem allgemeinen Hintergrund aktueller fachwissenschaftlicher Debatten über die Bedeutung von Kommunalpolitik und Kommunalverwaltungen im Herrschaftssystem des Nationalsozialismus erörtert.

2. Kurzbiografie Carl Neinhaus

Der als evangelischer Pfarrerssohn 1888 geborene Carl Neinhaus wuchs im Rheinland auf und studierte nach dem in Duisburg abgelegten Abitur von 1905 bis 1909 Rechtswissenschaft und Volkswirtschaft in Heidelberg und Bonn.¹ In Anschluss an den einjährigen Wehrdienst durchlief er den juristischen Vorbereitungsdienst und legte den ersten Teil des Zweiten Staatsexamens in Straßburg 1914 ab, den zweiten im November 1918 nach vierjährigem Kriegsdienst in einem Kavallerieregiment, in dem er zum Rittmeister aufstieg. 1919 wurde Neinhaus in Bonn promoviert und begann seine berufliche Laufbahn in der Kommunalverwaltung als juristischer Hilfsarbeiter bei der Stadt Homberg am Niederrhein, wo er noch im gleichen Jahr Beigeordneter wurde. Nach einem Intermezzo in der Zentrale des Deutschen und Preußischen Städtetages in Berlin kehrte er 1920 ins Rheinland als Beigeordneter der Stadt Barmen zurück. Dieses Amt bekleidete er bis 1929, als er als Parteiloser zum Oberbürgermeister von Heidelberg gewählt wurde – mit breiter Zustimmung der in den Gemeindegremien vertretenen Parteien ausschließlich der KPD.

Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme konnte sich Neinhaus als einziger der Oberbürgermeister in Baden im Amt halten. Die genauen Umstände seines Amtsverbleibs liegen – auch weil seine Personalakte offenkundig gesäubert wurde – im Dunkeln: Neinhaus wurde im Mai 1933 beurlaubt oder legte selbst ein Urlaubsgesuch vor, trat unmittelbar vor Schließung des Zugangs zur Partei in die NSDAP ein und wurde Anfang Juni vom badischen Reichsstatthalter und Gauleiter Robert Wagner für die laufende Wahlperiode in seinem Amt bestätigt. Neinhaus behielt sein Amt auch beim Inkrafttreten der „Deutschen Gemeindeordnung“ am Jahresanfang 1935, die das „Führerprinzip“ in den Gemeinden verankerte und die Oberbürgermeister von Beschlüssen kommunaler Wahlgremien unabhängig machte. Nach Ablauf seiner Amtszeit wurde Neinhaus 1938 durch politische Ernennung für weitere zwölf Jahre als Heidelberger Oberbürgermeister bestätigt. Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs wurde er 1939 und 1940 zweimal für einige Monate als Reserveoffizier zur Wehrmacht eingezogen.

Kurz nach dem Einmarsch US-amerikanischer Truppen in Heidelberg wurde Neinhaus Anfang April 1945 von der Besatzungsbehörde als Oberbürgermeister abgesetzt und für knapp zwei Wochen gefangen genommen. Einer längeren Internierungshaft, wie sie andere exponierte Repräsentanten des „Dritten Reiches“ verbüßen mussten, entging er durch Fürsprache verschiedener Heidelberger Bürger. Neinhaus lebte in den folgenden viereinhalb Jahren als Privatier in Heidelberg und durchlief ein langwieriges Entnazifizierungsverfahren. Gegen die Entscheidung der Heidelberger Spruchkammer, die ihn im Mai 1947 zum „Mitläufer“ erklärte, legte er Berufung ein, obwohl bereits dieser Spruch die Aufhebung von Berufsverbot und Pensionssperre bedeutete, und mit Abschluss des zweiten Verfahrens im November 1949, das ihm den Status eines „Entlasteten“ brachte, erreichte Neinhaus die erhoffte vollständige Rehabilitation.

Neinhaus, der unterdessen in die CDU eingetreten war, wurde 1950 im Wahlkreis Heidelberg-Stadt in den Landtag von Württemberg-Baden gewählt, und im April 1952 zog er auch in die Verfassungsgebende Landesversammlung für Baden-Württemberg ein, die ihn zu ihrem Präsidenten wählte. Gleichzeitig bemühte sich Neinhaus auch um die Rückkehr in sein früheres Heidelberger Amt. Bei der Oberbürgermeisterwahl im Juli 1952 konnte er sich bereits im ersten Wahlgang durchsetzen. Dieser Wahlerfolg

eines bereits im „Dritten Reich“ amtiert habenden Oberbürgermeisters war ebenso ungewöhnlich wie sein Amtsverbleib im Jahr 1933 – lediglich dem Wiesbadener Oberbürgermeister Erich Mix gelang eine ähnliche Nachkriegskarriere (Amtszeiten 1937–1945 und 1954–1960).² 1958 bemühte sich Neinhaus um eine weitere Amtszeit als Heidelberger Oberbürgermeister, unterlag aber in der Wahl seinem sozialdemokratischen Konkurrenten Robert Weber. Neinhaus zog sich enttäuscht aus Heidelberg zurück und nahm noch bis 1960 sein Mandat im baden-württembergischen Landtag wahr, als dessen Präsident er seit 1953 amtierte. Seinen Ruhestand verbrachte Neinhaus in Stuttgart, wo er im November 1965 starb.

3. Ehrenbürgerrecht und Ehrengrab

Erste Gespräche über eine Ehrung des ehemaligen Oberbürgermeisters scheint es in Heidelberg anlässlich des Ausscheidens von Carl Neinhaus aus dem baden-württembergischen Landtag gegeben zu haben. Bis auf die Tagesordnung des Gemeinderats gelangte die Initiative zur Verleihung des Ehrenbürgerrechts an ihn jedoch zunächst nicht. In einem Aktenvermerk über eine Besprechung der Fraktionsvorsitzenden des Gemeinderats vom 23. Februar 1961 ist festgehalten, dass seitens der SPD Bedenken hiergegen bestanden: „Die Bedenken, die erhoben worden seien, bezögen sich nicht auf die Tätigkeit des Oberbürgermeisters nach 1945. Aus der früheren Zeit sei aber noch manches, was besser noch verwachsen solle“, meinte der Sozialdemokrat Heinz Brückner. Der Fraktionsvorsitzende der FDP, Hans Anschütz, bekräftigte dies nicht explizit, gab aber doch zu Protokoll, dass „eine Diskussion im Gemeinderat über die Frage des Ehrenbürgerrechts [...] auf alle Fälle vermieden werden“ solle. „Nach Möglichkeit solle Einstimmigkeit angestrebt werden.“³ Auch auf Seiten der CDU hatte man offenkundig kein Interesse an einer öffentlichen Diskussion über die Amtsführung von Neinhaus vor 1945, wie sie im Konfliktfall zu befürchten war, so dass die Fraktionsvorsitzenden sich schließlich den sozialdemokratischen Vorschlag zu Eigen machten, mit der Verleihung des Ehrenbürgerrechts noch zwei Jahre zu warten: Der im März 1963 anstehende 75. Geburtstag von Neinhaus schien ein passender Anlass zu sein.

Mit einem beträchtlichen Vorlauf zum anvisierten Ereignis sprachen die Fraktionsvorsitzenden des Gemeinderats im Mai 1962 nochmals über das Vorhaben, und erneut zeigte sich Zurückhaltung bei den Sozialdemokraten. Brückner gab zu Protokoll, dass die SPD-Fraktion „der Verleihung des Ehrenbürgerrechts an Herrn Dr. Neinhaus nur zustimmen“ werde, „wenn zugleich Herr Amann Ehrenbürger der Stadt werde“.⁴ Dies mag wie ein parteipolitischer Kuhhandel erscheinen, konnte durchaus aber auch signifikant sein für Wahrnehmung und Wertung von politischen Lebensläufen im „Dritten Reich“, war es Josef Amann, unterlegener Oberbürgermeisterkandidat von 1952, nach 1933 doch ganz anders ergangen als Neinhaus: politische Haft, mehrjährige Arbeitslosigkeit und Überwachung durch die Gestapo. Da auch Amann beträchtliche kommunal- (Mai 1945 Stadtrat, 1948 hauptamtlicher Stellvertreter des Oberbürgermeisters) und landespolitische (Mitglied der Verfassungsgebenden Landesversammlung für Baden-Württemberg) Meriten vorzuweisen hatte,⁵ erschien dies den Christ- und den Freien Demokraten als ein probater Vorschlag, so dass 1963 tatsächlich beide zu Ehrenbürgern erhoben wurden. Kontroverse Diskussionen über Neinhaus, insbesondere über seine Amtsführung im „Dritten Reich“, blieben, wie zwei Jahre zuvor gewünscht,

aus, als sich der Gemeinderat Mitte Februar 1963 mit dem Thema befasste. In der Begründung der Verleihung des Ehrenbürgerrechts streifte man immerhin die letzten Tage dieser Epoche und würdigte sein mutiges Handeln, „durch das er bei Ende des zweiten Weltkriegs bei Gefahr für Leib und Leben die Zerstörung der Stadt verhindert hat“.⁶

Die feierliche Verleihung des Ehrenbürgerrechts an Neinhaus erfolgte am 22. März 1963 im Großen Rathaussaal mit einer Ansprache seines Amtsnachfolgers Robert Weber. Weber kam dabei nicht umhin, auch Neinhaus' Amtszeit vor 1945 zur Sprache zu bringen, und tat dies, indem er den Jubilar dem Typus des rechtschaffenen Fachmannes zuordnete, der auf dem ihm zugewiesenen Posten ausgeharrt habe und dem „Gebot der sachlichen Arbeit für die Allgemeinheit“ gefolgt sei. Unter Neinhaus' Leitung sei es in dieser Zeit gelungen, „einige noch heute sichtbare Marksteine zu setzen“, meinte Weber und nannte als Beispiele den „Bau des Fernheizwerks, den Anschluß der Stadt an die von Mannheim kommende Autobahn, den Bau des Thermalschwimmbades und unter wesentlicher Förderung der Stadt[,] die Anlage des Tiergartens und den Bau des ersten Heidelberger Max-Planck-Instituts und der Chirurgischen Klinik“. Dass er an den Anfang der Liste der Neubauten unter Neinhaus die NS-ideologischen Prestigeprojekte Ehrenfriedhof und Thingstätte stellte, mag eine kleine Bosheit des Sozialdemokraten Weber gewesen sein, der sich ansonsten aber jede direkte Kritik versagte und Probleme immer ins Allgemeine wendete, etwa, wenn er auf die „bitteren Notwendigkeiten“ hinwies, „denen Verwaltung und Wirtschaft im zweiten Weltkrieg unterworfen waren“.⁷

Ebenso wenig Anlass zu kritischer Reflexion wie die Verleihung des Ehrenbürgerrechts im März 1963 bot Neinhaus' Tod zweieinhalb Jahre später, im November 1965. Die Traueranzeige von Gemeinderat, Stadtverwaltung und Oberbürgermeister würdigte, dass Neinhaus „Heidelberg sicher und umsichtig durch die Wirrnisse vergangener Jahrzehnte geführt“ habe, und bei der Trauerfeier in Stuttgart ging Landtagspräsident Franz Gurk nur ganz beiläufig auf Neinhaus' Karriere im „Dritten Reich“ ein, indem er konstatierte: „Er leitete die Geschicke der Stadt bis zum Jahr 1945 unter recht schwierigen Umständen“.⁸ Bei der Heidelberger Trauerfeier am 9. Dezember 1965 im Großen Rathaussaal war es erneut an Robert Weber, seinen Amtsvorgänger zu würdigen. Er blieb in seiner Ansprache ganz im Allgemeinen und verwies darauf, dass Neinhaus fast

„drei Jahrzehnte“ das Schicksal der Stadt „in bewegten Zeiten gestaltet“ habe. Er „erspürte ihren Geist, erkannte [...] ihre große geistige Aufgabe, erfüllte sie mit dem ganzen Reichtum seiner Persönlichkeit und führte sie in eine neue Phase ihres Seins[,] in eine neue Zukunft. Vieles tat er, um die Stadt in ihrer Entwicklung von der romantischen Mittelstadt zur modernen Großstadt in neue Bahnen zu lenken. Vieles tat er, um nach einer dunklen Zeit den Namen unserer Stadt in neuem Lichte erstrahlen zu lassen.“⁹

Zumindest ein wenig konkreter mit Blick auf die ersten beiden Amtszeiten von Neinhaus als Oberbürgermeister wurde der zweite Redner bei der städtischen Trauerfeier, der emeritierte Anatomieprofessor und Mitglied des Stadtrats (parteilos, Hospitant der CDU-Fraktion) Hermann Hoepke, der mit dem Abstand von mehr als zwei Jahrzehnten „kaum noch verstehen“ konnte, wie die Zeiten von „Diktatur, Verbrechen“ und „Höllensturz in das Nichts [...] gemeistert wurden“, und dem Verstorbenen ganz knapp attestierte:

„Neinhaus hat die Stadt durch alle Wirren glücklich geleitet“. Als einzigen Beleg hierfür nannte Hoepke Neinhaus' Verhalten in der letzten Kriegsphase: „Nicht ohne sein Verdienst wurde die Stadt 1945 von den zurückgehenden deutschen Truppen gemieden und deshalb nicht beschossen“. Auch an der kampflosen Übergabe der Stadt an die US-amerikanischen Truppen habe Neinhaus einen wesentlichen Anteil gehabt: Über die Sekretärin Hildegard Egetmeyer habe er Kenntnis von Telefongesprächen erhalten, „die die Amerikaner auf der unzerstörten Wasserwerksleitung von Mannheim nach Heidelberg führten, um die Schonung Heidelbergs zu ermöglichen. Sie bekam dann von Neinhaus die Antworten, die mit den deutschen militärischen Stellen abgestimmt waren. Sie und Neinhaus haben sich dadurch ein großes Verdienst um Heidelberg erworben.“¹⁰

Das mit der Verleihung des Ehrenbürgerrechts 1963 eingesetzte und bei den Trauerfeierlichkeiten 1965 bekräftigte öffentliche Lob dürfte den Gedanken nahegelegt haben, Neinhaus auch über seinen Tod hinaus zu ehren. Umgesetzt wurde dieser Gedanke von Oberbürgermeister Weber, der am 29. November 1965 in einem Schreiben an das Amt für Garten-, Friedhof- und Landwirtschaftswesen festlegte: „Das Grab [von Carl Neinhaus] wird als Ehrengrab in die Obhut der Stadt genommen.“¹¹ Dass Weber sich in dieser Frage vorab mit den politischen Gremien der Stadt abgestimmt hätte, ist den Akten nicht zu entnehmen, und auch später scheint es keine Diskussionen – weder in der Öffentlichkeit noch intern – darüber gegeben zu haben, ob dem Verstorbenen ein Ehrengrab zukommen solle.¹²

4. Meinungsstreit um die Jahrtausendwende

Über Neinhaus' Amtsführung in den Jahren bis 1945 und über die Bedeutung, die die Heidelberger Stadtverwaltung in der regionalen Herrschaftspraxis des Nationalsozialismus hatte, wurde in den folgenden Jahrzehnten nicht diskutiert. Während andersorts die „Jubiläen“ der 1980er Jahre (50 Jahre nationalsozialistische Machtübernahme, 40 Jahre Kriegsende) Anlässe für die Entstehung umfassender Lokal- und auch erster Kommunalverwaltungsgeschichten¹³ des Nationalsozialismus boten, kamen die frühen Publikationen zur NS-Zeit in Heidelberg ganz ohne Erörterung der Frage aus, welchen Anteil der hiesige Oberbürgermeister und die städtischen Behörden am Vollzug der Diktatur vor Ort gehabt hatten. In keiner der beiden einschlägigen Publikationen dieser Jahre, weder in der Monografie über die Judenverfolgung noch in dem Sammelband über Widerstand, Verfolgung und Anpassung, tauchte der Name Carl Neinhaus auch nur einmal auf.¹⁴ Anders sah es in der an ein breiteres Publikum gerichteten, durch den 40. Jahrestag des Kriegsendes veranlassten Publikation zu Heidelberg in der „Stunde Null“ aus, in der Neinhaus' Verhalten in der letzten Kriegsphase geschildert wurde: seine Bemühungen, Heidelberg als „Lazarettstadt“ von Rüstungsverlagerungsprojekten frei zu halten, seine Beteiligung an der Zusammenstellung einer Parlamentärkommission zu Verhandlungen mit den US-Amerikanern über die kampflose Übergabe der Stadt, sein gescheiterter Versuch, die Sprengung der Alten Brücke zu verhindern, schließlich seine „Begrüßung“ amerikanischer Offiziere am Bismarckplatz am Karfreitagvormittag des Jahres 1945. Dass Neinhaus kurz darauf in Haft genommen wurde, unterschlug die Publikation nicht, rekapitulierte aber nur seine eigenen Erinnerungen an den Aufenthalt im Faulen Pelz:

„Dankbar erinnere [m]ich mich der kleinen Aufmerksamkeiten, die mir Heidelberger Bürger in die Zelle schickten, darunter ein Kästchen der so geliebten Zigarren. Dann erschienen die Herren vom CIC [Counter Intelligence Corps] und erklärten, man habe nun festgestellt, ich sei kein Nazi gewesen. Am anderen Morgen war ich wieder ein freier Mann [...]“.¹⁵

Dass Neinhaus sehr wohl ein „Nazi“ gewesen war, jedenfalls seit 1933 ein Parteibuch der NSDAP besessen hatte, rückte erst zehn Jahre später in den Blick der lokalen und regionalen Öffentlichkeit. Anfang Januar 1995 veranstaltete der gut ein Jahr zuvor gegründete Heidelberger Geschichtsverein ein „Werkstattgespräch“, bei dem Frank Moraw, Geschichtslehrer am Heidelberger Kurfürst-Friedrich-Gymnasium, ein Impulsreferat hielt, das er unter die Frage stellte: „Warum gibt es noch keine Biographie über den Heidelberger Oberbürgermeister Carl Neinhaus?“ Die Frage beantwortete Moraw mit Hinweis auf die außergewöhnlich schlechte Quellenlage – er verwies auf die von Neinhaus angeordnete Verbrennung brisanter Akten kaum eine Woche vor der US-amerikanischen Besatzung Heidelbergs –; gleichwohl nannte er selbst mehr als nur einige Anhaltspunkte, an denen sich eine Biografie, wenn sie denn geschrieben werden würde, zu orientieren hätte: Ihm erschien Neinhaus als ein „Radikalopportunist“, der den politischen Systemwechsel von 1933 „beängstigend glatt mitvollzogen“ und damit die Integration des Bürgertums in die Diktatur vor Ort erleichtert habe. Die Dichotomie von politisch fanatisiertem Kreisleiter der NSDAP auf der einen und nur auf das Gemeinwohl bedachten verwaltungsfachkundigem Oberbürgermeister auf der anderen Seite, die Neinhaus zum Leitmotiv seiner Verteidigung vor der Spruchkammer gemacht hatte, deutete Moraw zu einer leidlich gut funktionierenden Aufgabenteilung zwischen den beiden mächtigsten Männern in Heidelberg um, von denen jeder auf seine Art zur Stabilisierung der Diktatur beigetragen habe. Dass Neinhaus dabei ein verlässlicher ethischer Kompass gefehlt habe, illustrierte Moraw durch einen Vergleich des Heidelberger mit dem Leipziger Oberbürgermeister Carl Goerdeler, der 1936 sein Amt aus Protest gegen die nationalsozialistische Judenpolitik niedergelegt hatte.¹⁶

Die von Moraw im „Werkstattgespräch“ vorgetragenen Thesen mochten manchen Beobachterinnen und Beobachtern, die das Bild des Retters Heidelbergs und hochgeschätzten Nachkriegspolitikers vor Augen hatten, wie die politisch missgünstigen Auslassungen eines Achtundsechzigers erscheinen; gleichwohl wurden sie – zumindest inoffizieller – Teil der historischen Selbstdarstellung der Stadt, als in den Katalog einer im Sommer 1995 im Kurpfälzischen Museum gezeigten Ausstellung über Jugend im Nationalsozialismus ein Beitrag Moraws aufgenommen wurde, der vor allem zwei Aspekte nachdrücklich betonte: Neinhaus' politische Anbiederung an die Nationalsozialisten zum Erhalt der eigenen Position 1933 und seine empathielose Hinnahme der antisemitischen Maßnahmen des Regimes. Am Schluss des Katalogbeitrags griff Moraw das ältere Diktum von Karl Jaspers über Neinhaus auf, er sei „ein typischer Mitläufer und unbedeutender Charakter, aber ein tüchtiger Bürgermeister“ gewesen. Auch die Bildauswahl für den Katalogbeitrag zeigte die inzwischen erfolgte „(Re-)Nazifizierung“ von Carl Neinhaus: im Mai 1933 mit erhobenem rechten Arm im hakenkreuzgeschmückten Rathaussaal bei der Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Adolf Hitler, im März 1936 in der Uniform eines Politischen Leiters der NSDAP am Hauptbahnhof gemeinsam mit Kreisleiter Wilhelm Seiler und bei der Überreichung des Ehrenbürgerbriefes an Joseph Goebbels im Juli 1939.¹⁷

Etwa zeitgleich mit dem Versuch einer Neubewertung der NS-Amtszeit von Neinhaus durch Moraw kam der Name des früheren Oberbürgermeisters in Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag des Kriegsendes in Heidelberg wieder ins Gespräch: In einem Leserbrief vom 8. Mai 1995 in der Rhein-Neckar-Zeitung regte Erich-Wolfgang Nies, pensionierter Lehrer ebenfalls des Kurfürst-Friedrich-Gymnasiums, die Benennung von Straßen nach Personen an, die 1945 Heidelberg vor der Zerstörung oder wenigstens sinnlosen Kampfhandlungen „gerettet“ hatten: und zwar auf US-amerikanischer Seite nach dem verantwortlichen Brigadegeneral William A. Beiderlinden und auf Heidelberger Seite nach Carl Neinhaus. Dieser Vorschlag rief den Widerspruch von Moraw hervor, der gemeinsam mit Norbert Giovannini, einem weiteren Protagonisten des Heidelberger Geschichtsvereins, in einer Zuschrift an die Rhein-Neckar-Zeitung zwar nicht Neinhaus' Verhalten in der Endphase des Krieges in Zweifel zog, aber die vermeintliche Rettung der Stadt doch in ein anderes Licht rückte: Es habe sich dabei „um die selbstverständlichen Wahrnehmungen seiner Dienst- und Verantwortungsaufgaben für die Heidelberger Bevölkerung angesichts des unübersehbaren militärischen Zusammenbruchs des NS-Regimes“ gehandelt. „Daß er nicht zu den völlig verblendeten Fanatikern der letzten Stunde gehörte, löscht indes nicht die Fragwürdigkeit seiner gesamten Amtsführung in den zwölf Jahren zuvor.“¹⁸

Dieser Meinungs austausch in den Leserbriefspalten der Rhein-Neckar-Zeitung ist auch in der Einleitung der bisher einzigen monografischen Carl Neinhaus-Biografie überliefert, die im Jahr 2002 im Selbstverlag von Horst Ferdinand veröffentlicht wurde, einem pensionierten Bundesministerialbeamten, der im Ruhestand als Biograf von Personen der regionalen Zeitgeschichte hervorgetreten ist – mit zahlreichen Skizzen für biografische Lexika, aber auch mit einem längeren Aufsatz über den badischen NSDAP-Gauleiter Robert Wagner.¹⁹ Als Ausgangspunkt seiner Neinhaus-Biografie führte Ferdinand explizit die beiden Heidelberger Veranstaltungen des Jahres 1995 an – das Werkstattgespräch des Geschichtsvereins und eine Diskussionsrunde zum Abschluss der Ausstellung über Jugend im Nationalsozialismus –, die ihm als „Scherbengericht“ über den früheren Oberbürgermeister erschienen. Ferdinand konstruierte hier einen Generationenkonflikt zwischen den Zeitzeugen „gelebter und erlebter Wirklichkeit“, die sich ein positives Bild von Neinhaus als „Retter Heidelbergs“ bewahrt hatten, und den jüngeren „Neinhaus-Skeptikern“, die sich aus den Quellen ein Bild zu machen versuchten – ein allerdings unzulängliches Bild, wie Ferdinand meinte, der die Quellenlage viel günstiger einschätzte als Moraw und für seine eigene Darstellung vor allem auf Neinhaus' umfangreiche Spruchkammerakte zurückgriff, aus der er im Anhang seiner Studie auch einige Stücke abdruckte. Auch wenn er im Vorwort betonte, eine

„möglichst unparteiliche Darstellung“ vorlegen zu wollen, ließ Ferdinand doch keinen Zweifel daran, was er von den Publikationen Moraws hielt, „die wohl ein unzutreffendes Bild des umstrittenen Mannes zeichnen. Außerdem wurde versucht, die Lebensleistung des Heidelberger Stadtoberhaupts, insbesondere dessen Anteil an der Rettung der Stadt im Jahre 1945, herabzusetzen.“²⁰

Mit „unparteilicher Darstellung“ war es nun allerdings in Ferdinands Buch nicht weit her. Das Problem bestand nicht darin, dass er seine Studie ganz weitgehend auf Neinhaus' Spruchkammerakte stützte – sie war und ist eine zentrale Quelle –, sondern darin, dass Ferdinand deren Perspektive ganz unkritisch übernahm und ausblendete, dass es Neinhaus in seiner Entnazifizierung nicht darum ging, Wahrheiten zu doku-

mentieren, sondern seinen Lebenslauf so neu zu konstruieren, dass er in der nationalsozialistischen Gesellschaft politisch reüssieren konnte. Zwar war Ferdinand kein studierter Historiker, aber doch einschlägig belesen und intelligent genug, dass er Neinhaus nicht bloß als Individuum weißwusch, sondern seinen Werdegang als typisch für den deutschen Nationalkonservatismus in den ersten beiden Dritteln des 20. Jahrhunderts schilderte. Dies ermöglichte es ihm, Neinhaus' politischen Opportunismus des Jahres 1933 als die Position eines „Mitspielers mit Engagement“ zu würdigen, dessen „Nahziel“ die „Wohlfahrt der Stadt“ war; die politisch anbiedernden öffentlichen Reden, die Neinhaus in der Anfangsphase des „Dritten Reiches“ gehalten hatte, waren ihm Ausdruck „einer millionenfach verbreiteten Stimmung und Gesinnung, die ‚in den Kontext der Zeit‘ hineingestellt werden muß, in die Aufbruchstimmung und neue Zuversicht durch Umwandlung der Reichswehr in die Wehrmacht, allgemeine Wehrpflicht, Einmarsch ins Rheinland etc.“.²¹

In dieser Perspektive hielt Ferdinand „die heute oft gestellte Frage, was denn Neinhaus – und mit ihm die übergroße Mehrzahl der badischen und württembergischen Beamten und Richter – bewog, nach der ‚Machtübernahme‘ Hitlers im Amt zu bleiben“, für irrelevant, „jedenfalls in der ersten Zeit des ‚Dritten Reiches‘“.²² Auch später, als selbst die Nationalkonservativen den verbrecherischen Charakter des Regimes erkannt hatten, war Rückzug keine Option, weil durch das Verharren auf den Posten angeblich Schlimmeres verhindert werden musste und verhindert worden sei. Belege für eine nachhaltige Distanzierung Neinhaus' von den Nationalsozialisten waren für Ferdinand die in der Spruchkammerakte ausgebreiteten und ausgeschmückten Kontroversen mit dem Heidelberger Kreisleiter der NSDAP, und auch die von Neinhaus dort aufgestellte Behauptung, er habe nicht „nur Juden, auch politisch Verfolgten [...], soweit es irgend ging, seinen Beistand zukommen“ lassen.²³ An der Grenze der intellektuellen Redlichkeit bewegte sich Ferdinand mit seiner Darstellung einer vorgeblichen Nähe von Neinhaus zu den Widerstandskämpfern des 20. Juli 1944: Er referierte Neinhaus' Angabe aus dem Spruchkammerverfahren, dass er seine Korrespondenz mit Carl Goerdeler nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler verbrannt habe, und konzidierte auch, dass sich in der umfangreichen Goerdeler-Literatur keine diesbezüglichen Hinweise befänden, präsentierte dann aber doch einen Goerdeler-Brief an den Heidelberger Oberbürgermeister aus dem Jahr 1943 aus dem Besitz von Neinhaus' Neffen.²⁴

Welche Wirkungen Ferdinand mit seiner Neinhaus-Biografie erzielte, ist schwierig zu ermessen: In einer Rezension in der „Badischen Heimat“, dem Hausblatt des hiesigen konservativen Regionalpatriotismus, zeigte sich Helmut Joho sehr zufrieden:

„Es war an der Zeit, dass die negative Sichtweise lokaler Historiker in Heidelberg eine Korrektur erfährt, ferner, dass Neinhaus nicht nur durch die lokale Brille gesehen wird. Dass ein verdienter Kommunal- und Landespolitiker seit Jahren schlecht geredet und geschrieben wird, gereicht Heidelberg nicht unbedingt zur Ehre. Die vorliegende Arbeit sollte zu neuen Denkanstößen hinsichtlich der Beurteilung des Lebenswerkes von Carl Neinhaus führen.“²⁵

Die „lokalen Historiker“ ließen sich in ihrer „negativen Sichtweise“ durch Ferdinands Buch jedoch nicht beirren, wie eine Besprechung des Buches von Frank Moraw in der Rhein-Neckar-Zeitung zeigte. In seinem Fazit konzidierte Moraw zwar, dass man von Ferdinand „Neuigkeiten [...] über einige Stationen von Neinhaus' Lebensweg“ erfahre, stellte dort aber die Schwächen des Buches in den Vordergrund:

„Um es zusammenzufassen: Die biographische Schrift von Horst Ferdinand ist von erheblicher Sympathie getragen für ihren Helden, überzeugt jedoch nicht, wo sie methodisch eigenwillige Wege geht. Sie verarbeitet nur im ersten Teil neuere lokalgeschichtliche Forschungsergebnisse und setzt sich nicht entschlossen genug mit der lokalen Legendenbildung auseinander.“

Hier bezog sich Moraw auf die langlebige und auch von Ferdinand aufgegriffene und ausgeschmückte These, Neinhaus habe unter Einsatz von Leib und Leben die kampflose Übergabe der Stadt an die US-amerikanischen Truppen bewirkt, und entkräftete dies durch den Abdruck einer paradoxerweise gerade in der Spruchkammerakte überlieferten Notiz des Bürgermeisters Max Genthe vom 29. März 1945 über ein Telefonat mit Kreisleiter Seiler: Dieser habe nach einem Gespräch mit dem Gauleiter Wagner mitgeteilt, dass sich an der Parlamentärkommission nur Ärzte, aber kein Vertreter der Stadt beteiligen sollten²⁶ – das heißt, die Übergabe der Stadt erfolgte mit Rückendeckung der höchsten regionalen politischen Stellen, und für Neinhaus bestand mithin nicht die Gefahr, vor eines der „fliegenden Standgerichte“ gestellt zu werden, wie es Ferdinand nicht nur in seinem Buch, sondern auch in einem Neinhaus-Biogramm darlegte, das ebenfalls 2002 in der renommierten Reihe „Baden-Württembergische Biographien“ erschien.²⁷

5. Jüngere und jüngste Bewertungen

In der Rückschau muten die an der Jahrtausendwende geführten Diskussionen über Carl Neinhaus anachronistisch an, da durch Ferdinands Buch Fragen in den Vordergrund gerückt wurden, wie sie in der unmittelbaren Nachkriegszeit gestellt worden waren: welche Motive lagen einem Eintritt in die NSDAP zugrunde, hat eine Person innere Distanz zum Nationalsozialismus bewahren können, ist sie moralisch integer durch das „Dritte Reich“ gekommen und so weiter, während die Bedeutung der innegehabten Funktionen und die Wirkungen der Handlungen einer Person ausgeblendet blieben. Über die beiden letzteren Punkte kamen im Falle Carl Neinhaus nur peu à peu Informationen ans Tageslicht, weil bislang niemand den Mut gefasst hat, eine breit angelegte Heidelberger Kommunalverwaltungsgeschichte im Nationalsozialismus zu schreiben – wohl nicht zuletzt wegen der unter anderem durch die Aktenverbrennungen der letzten Kriegstage schwierigen Quellenlage. In einzelnen Punkten gelang es jedoch, Schlaglichter auf die Amtsführung von Neinhaus zu werfen, die ein ganz anderes Bild zeigen als jenes, das er selbst in seinem Spruchkammerverfahren gezeichnet hatte und das Horst Ferdinand mit seiner biografischen Studie zu bekräftigen versuchte.

Publikationsort solcher kritischer Miniaturen war wiederholt das Jahrbuch des Heidelberger Geschichtsvereins: Frank Moraw diskutierte dort bereits 1996 am Beispiel der Entlassung der Fürsorgerin Therese Wiesert aus dem städtischen Dienst im Jahr 1935 die Haltung von Neinhaus zu den antisemitischen Maßnahmen des nationalsozialistischen Staates und konstatierte in diesem Fall ein hohes Maß von Konformität des Oberbürgermeisters;²⁸ 2003/04 nahm Hans-Martin Mumm die Vertreibung der Sinti aus Heidelberg in den Blick und zeigte dabei auf, wie die ordnungspolitischen Vorstellungen des Oberbürgermeisters sich mit dem politisch grassierenden Rassismus verbanden, der bei Neinhaus „nicht erst auf Druck der örtlichen Parteiorgane entstanden“ war und auch nicht „als taktisches Manöver eines seine Stadt vor dem Einfluss der NSDAP schützenden Oberbürgermeisters“ zu erklären sei;²⁹ 2018 schließlich unter-

suchte Reinhard Riese die personellen Säuberungen in der Stadtverwaltung nach der nationalsozialistischen Machtübernahme und nach Kriegsende in einer biografischen Doppelstudie zu den Personalamtsleitern und hob dabei hervor, dass der für die Entlassungen politisch unerwünschter Mitarbeiter und das Avancement zahlreicher Altparteigenossen der NSDAP verantwortliche Wilhelm Schneider 1933 von Neinhaus ins Amt gebracht worden war und dass der Oberbürgermeister selbst auf die Entlassung eines sozialdemokratischen Obersekretärs im Rechnungsamt gedrängt hatte.³⁰

Reinhard Riese war es auch, der 2017 den Versuch unternahm, die jüngeren Erkenntnisse über die Amtsführung von Neinhaus während des „Dritten Reiches“ in einer biografischen Skizze zusammenzuführen, die in einem Sammelband über „NS-Belastete“ in der Publikationsreihe „Täter – Helfer – Trittbrettfahrer“ erschien. Riese betont dort die rasche und rückhaltlose Anpassung an das nationalsozialistische Regime durch Neinhaus im Jahr 1933, zu der auch proaktives Verhalten, wie etwa die „Diskriminierung einer Bäckerei und einer Apotheke in jüdischem Besitz“³¹ ohne gesetzliche Grundlagen, gehörte. Neben solchem vorausseilenden Gehorsam erforderte die Anpassung auch das Bekenntnis zum Nationalsozialismus durch den Parteieintritt und öffentliche Anbiederung, die Riese nicht – wie Neinhaus in seinem Spruchkammerverfahren und wie sein Biograf Ferdinand – als ein persönliches Opfer zum Schutz Heidelbergs und seiner Bewohner wertet, sondern als Ausdruck der Absicht eines machtbewussten Kommunalpolitikers, der Stadtverwaltung auch unter den Bedingungen der Diktatur seinen Stempel aufzudrücken, und zwar durch „stärkste gegenseitige Durchdringung des nationalsozialistischen Denkens und Wollens einerseits, der sachlichen kommunalpolitischen Arbeit andererseits“,³² wie Neinhaus selbst am 19. Juni 1933 in einer Rede im Rathaus sein neues Amtsverständnis formuliert hatte.

Das Verhältnis von Oberbürgermeister und Kreisleiter schildert Riese in Anlehnung an Moraw als ungewollte Symbiose zweier ungleicher Partner, in der der zu weltmännischem Auftritt fähige und intellektuell überlegene Neinhaus gegenüber dem aus einfachen Verhältnissen stammenden Seiler der stärkere Partner war, der aber immer gewärtigen musste, dass der schwächere höhere Parteinstanzen gegen ihn in Stellung bringen konnte. Einen ernsthaften Konflikt zwischen beiden, den Neinhaus in seinem Spruchkammerverfahren weidlich ausbreitete, gab es bezeichnenderweise nur aus einem vergleichsweise unbedeutenden Anlass, nämlich in der Frage der Berufung eines neuen städtischen Generalmusikdirektors im Jahr 1942. Riese liegt sicherlich richtig, wenn er diesen Fall nicht als „aktiven Widerstand gegen die NS-Diktatur“ wertet, sondern als „Kompetenzstreitigkeiten innerhalb des Systems“.³³

Auf die selbstgestellte plakative Frage „War Neinhaus ein Nazi?“ gibt Riese eine differenzierte Antwort: Er konstatiert eine beträchtliche Teilidentifikation mit dem Nationalsozialismus wie bei vielen anderen Nationalkonservativen auch, wenngleich Neinhaus – einem „Herrn“, der Bildung und Kultur schätzte – die „Gewaltaktionen der SA und Gestapo, die lärmenden Versammlungen der neuen Machthaber und die antisemitischen Aktionen“ zuwider waren, „wie er in vertraulichen Gesprächen bekannte“. Neinhaus' innerliche Einstellung zur NS-Ideologie hält Riese für ambivalent:

„Auch in internen Äußerungen, in denen er weniger Rücksicht hätte nehmen müssen, finden wir NS-Begriffe wie Volkstum, Volksgemeinschaft, Blut und Boden, Erbgesundheit und Rasse. Zu einer öffentlichen Distanzierung, die ihn wohl das Amt gekostet hätte, war er weder fähig

noch willens. Kein fanatischer Nationalsozialist, kein glühender Antisemit, aber ein Mann der Anpassung.“³⁴

Riese wiederholt dies im Fazit seiner Skizze:

„Neinhaus war ein typischer Vertreter der nationalkonservativen Funktionselite, der der ‚Ob-
rigkeit‘ loyal diente und sich dem jeweiligen politischen System anpasste. [...] Dass er mit
seiner Arbeit die ‚nationalsozialistische Gewaltherrschaft‘ – so seine Bezeichnung nach 1945
– stabilisieren half, kam ihm nicht in den Sinn. Eine Selbstkritik oder die Übernahme von Ver-
antwortung waren von ihm nicht zu erwarten.“³⁵

Scheint die wissenschaftliche Beurteilung von Neinhaus mit dem ausgewogen argu-
mentierenden Aufsatz von Riese inzwischen unstrittig zu sein – zumindest fehlt dem
Gutachter das Vermögen, sich vorzustellen, wie man zu einer deutlich anderen Ein-
schätzung kommen könnte –, so lässt sich über das Bild von Neinhaus in einer brei-
teren Öffentlichkeit kaum etwas Verlässliches sagen. In einem Neinhaus-Beitrag in
einer Serie über die städtischen Ehrengräber in der Rhein-Neckar-Zeitung hielt sich
Fritz Quooos 2007 noch mit einer Wertung zurück und stellte den Zeitzeugen, die ihn
als „würdevollen Repräsentanten der Stadt, als geistreichen Redner und naturverbun-
denen Menschen“ schilderten, seine „Kritiker“ gegenüber, die ihn einen „Meister der
Anpassung“ und „gnadenlosen Opportunisten“ nannten,³⁶ und auch ein recht kruder
Artikel des Online-Magazins „Stadtredaktion“ vom November 2014 legte mit der An-
einanderreihung widersprüchlicher Aussagen von und über Carl Neinhaus den Gedan-
ken nahe, dass sein Bild weiterhin stark schwanke: „von der Nachwelt hoch geehrt
und tief geschmäht – und wahrscheinlich beides zu Recht“.³⁷

6. Fazit

Neinhaus war

„ein gut aussehender Junggeselle, der repräsentieren konnte und dem dieses Geschäft Spaß
machte. Seine Beweglichkeit wird dadurch dokumentiert, daß er es fertigbrachte, in der Wei-
marer Republik[,] im NS-Staat und nach 1945 Heidelberger OB zu sein. Es fiel ihm nicht
schwer, sich der jeweiligen Situation und den Partnern anzupassen. Wenn er Hindenburg, Hit-
ler oder Adenauer begrüßte, strahlte er die würdevolle Ergebenheit eines Botschafters aus.“³⁸

Diese anerkennende, aber nicht schmeichelhafte Einschätzung stammt aus der Feder
des früheren nationalsozialistischen badischen Ministerpräsidenten und Finanz- und
Wirtschaftsministers Walter Köhler, der Neinhaus 1933 kennenlernte und ein so gutes
Verhältnis zu ihm entwickelte, dass er ihn im März 1945 bat, für das Schicksal seiner
Frau Sorge zu tragen, wenn er selbst – was dann kurz darauf geschah – in alliierte Gef-
angenschaft geraten würde.³⁹ Der Beginn der näheren Bekanntschaft des Altparteige-
nossen Köhler und des frisch gebackenen Parteibuchbesitzers Neinhaus datierte ver-
mutlich vom 20. Oktober 1933, als der Heidelberger Oberbürgermeister in Karlsruhe
an einer Kabinettsitzung teilnahm, auf der die badische NS-Landesregierung über die
Entwicklungsperspektiven Heidelbergs beriet.⁴⁰ Eine Woche später fasste die Regie-
rung den Beschluss, den Leiter der badischen Vertretung in Berlin, Hermann Fecht, der
sich geweigert hatte, der NSDAP beizutreten, zu entlassen, und übertrug dieses Amt
Neinhaus. Als stimmführender stellvertretender Bevollmächtigter Badens zum Reichs-

rat erfuhr der Heidelberger Oberbürgermeister nicht nur einen Prestigegewinn, sondern kam auch in den Genuss einer Dienstwohnung in Berlin und eines monatlichen Aufwendungsgeldes von 416,67 Reichsmark.⁴¹ Allerdings blieb es bei einem kurzen Intermezzo auf dem Berliner politischen Parkett: Mit dem Gesetz über den „Neuaufbau des Reiches“ vom 30. Januar 1934 wurde die Hoheit der Länder aufgehoben und damit auch die Vertretungen der Länder beim Reich und der Reichsrat abgeschafft.

Dieser in der bisherigen Neinhaus-Forschung kaum beachtete und dem Gutachter bei anderen Recherchen beiläufig bekannt gewordene Sachverhalt illustriert nochmals, was in den Studien von Moraw und Riese bereits hinreichend deutlich geworden ist: Carl Neinhaus war nicht, wie er in seinem Spruchkammerverfahren glauben machte, ein verkappter Widerstandskämpfer, der sich mit einem NSDAP-Parteieintritt wider seiner inneren Überzeugung eine Bürde auferlegte, um Schaden von der Stadt Heidelberg und ihren Bewohnern abzuwenden, sondern ein politischer Opportunist, der die nationalsozialistische Machtübernahme als Chance sah und nutzte, seine eigenen kommunalpolitischen Handlungsspielräume nicht nur zu bewahren, sondern gegebenenfalls zu erweitern,⁴² und der sich nach Kräften auch um sein persönliches Avancement bemühte. Welche Rolle letzteres für ihn spielte, verdeutlicht auch der in seinem Spruchkammerverfahren gemachte Hinweis, dass ihm – wenn die nationalsozialistische Machtübernahme nicht erfolgt wäre – mit hoher Wahrscheinlichkeit der auch finanziell lukrative Aufstieg in das Oberbürgermeisteramt einer deutschen Großstadt geglückt wäre, er mithin also auch zu den materiell Geschädigten des „Dritten Reiches“ zu zählen sei.⁴³

Ebenso unstrittig wie die Einschätzung seines Verhaltens im Jahr 1933 erscheint dem Gutachter die Bewertung von Neinhaus' Amtsführung in den Jahren der Diktatur: Ohne selbst irgendwelche strafrechtlich relevanten Taten begangen zu haben, hat Neinhaus am administrativen Vollzug von NS-Unrecht mitgewirkt – gelegentlich in vorseilendem Gehorsam, in den allermeisten Fällen vermutlich pflichtschuldig und sicherlich mitunter auch widerstrebend oder retardierend. Hier ein ganz eindeutiges Bild zu zeichnen, ist bei dem aktuellen Forschungsstand nicht möglich und wird angesichts der problematischen Quellenlage vielleicht auch nicht möglich sein. Es sei an dieser Stelle nochmals auf das Desiderat einer Heidelberger Kommunalverwaltungsgeschichte im Nationalsozialismus hingewiesen, die offenlegen könnte, wie Verwaltung und Verwaltungsspitze zwischen 1933 und 1945 agiert haben. Hier gibt es weiterhin etliche blinde Flecken (Personalpolitik, Wohlfahrtspflege, Zwangsarbeit) – nicht zuletzt hinsichtlich der wirtschaftlichen Ausplünderung der Juden durch die sogenannten Arisierungen, die in vielen Einzelfällen das Dazutun des Oberbürgermeisters erfordert haben dürften.⁴⁴

Auf dem Posten geblieben zu sein, den Mantel nach dem politischen Wind gehängt und in verantwortlicher Stellung Unrecht geduldet oder mitverantwortet zu haben, sind Vorwürfe, die sich gegen sehr viele Menschen im nationalsozialistischen Deutschland erheben ließen, und in der Tat sieht der Gutachter keinen Anlass, die NS-Karriere von Neinhaus zu skandalisieren, denn der Heidelberger Oberbürgermeister unterschied sich in seinem Verhalten in der Diktatur, wie Horst Ferdinand zurecht betont hat, nicht wesentlich vom Gros der höheren Beamtenschaft des Landes, auch wenn zu berücksichtigen ist, dass gerade den kommunalen Spitzen eine besondere integrative und damit systemstabilisierende Funktion zukam, da sie das Gesicht der Diktatur vor

Ort in starkem Maße prägten.⁴⁵ Opportunismus war ein Massenphänomen, ohne das die nationalsozialistische Herrschaft nicht hätte errichtet und mehr als zwölf Jahre aufrechterhalten werden können.

Wie die nachfolgenden Generationen dieses Phänomen in ihrer Erinnerung an die Diktatur bewerten, ist eine politische Entscheidung, die im Beispielfall von Carl Neinhaus jetzt zu treffen ist und auch erstmals zu treffen ist, da 1963 die Verleihung des Ehrenbürgerrechts unter bewusster Ausklammerung seiner NS-Karriere und 1965 die Aufnahme seines Grabes in die Liste der Heidelberger Ehrengräber ohne irgendwelche formellen Diskussionen erfolgt sind. Eine Entscheidung, sein Grab aus der städtischen Pflege als Ehrengrab herauszunehmen, würde ausdrücken, dass Person und Amtsführung des Oberbürgermeisters in der Zeit des Nationalsozialismus heute sehr kritisch beurteilt werden und dass Neinhaus für diese Phase seiner kommunalpolitischen Laufbahn und damit für einen beträchtlichen Teil seiner politischen Biografie eine Vorbildfunktion nicht zukommt.

Anmerkungen

- 1 Zu den biografischen Daten vgl. Horst Ferdinand: Neinhaus, Carl Georg Hermann, in: Baden-Württembergische Biographien 3 (2002), S. 274–280; Frank Moraw: Neinhaus, Carl, in: Neue Deutsche Biographie 19 (1998), S. 48.
- 2 Die beiden Biografien bieten sich für eine Parallelbetrachtung an: Mix war zehn Jahre jünger als Neinhaus, ebenfalls Verwaltungsjurist und stieg 1937 vom zweiten Bürgermeister in Stettin zum Wiesbadener Oberbürgermeister auf. Mix profilierte sich in seinem Spruchkammerverfahren nachträglich als unpolitischer Verwaltungsfachmann und Gegenspieler des NSDAP-Kreisleiters und wurde als „Mitläufer“ entnazifiziert. Das Comeback als Oberbürgermeister gelang ihm als Kandidat der FDP. Vgl. zu seiner Biografie Philipp Kratz: Erich Mix (1898–1971). Der zweifache Wiesbadener Oberbürgermeister (1937–1945 und 1954–1960), in: Nassauische Annalen 119 (2008), S. 474–489. Sein Ehrengrab in Wiesbaden wurde 2014 auf Beschluss von Magistrat und Ältestenrat der Stadt Wiesbaden aberkannt: <https://www.fr.de/rhein-main/wiesbaden/ehrengrab-aberkannt-11442663.html> (Abruf am 8.9.2021).
- 3 StA (Stadtarchiv) Heidelberg AA 2a/31.
- 4 Ebd., Aktenvermerk vom 14.5.1962.
- 5 Vgl. Friederike Reutter: Amann, Josef, in: Badische Biografien NF 3 (1990), S. 3f.
- 6 StA Heidelberg AA 2a/31, Gemeinderatsbeschluss vom 14.2.1963.
- 7 Ebd., Ansprache des Oberbürgermeisters Robert Weber. Neinhaus in den Jahren der Diktatur politisch zu verorten, versuchte Weber ebenfalls nur mit einer Verallgemeinerung, indem er ihn zu jenen Persönlichkeiten zählte, „denen die Politik der demokratischen Republik vielleicht nicht immer in allen Punkten zugesagt haben mochte, die aber auf der anderen Seite auch nicht gewillt waren, aus innerer Überzeugung den Fahnen der neuen Machthaber nachzueilen“.
- 8 StA Heidelberg AA 22/24.
- 9 Ebd.
- 10 Hermann Hoepke, Gedenkrede bei der Trauerfeier für Oberbürgermeister i.R. Dr. Carl Neinhaus, Landtagspräsident i. R., Ehrenbürger der Stadt Heidelberg, Ehrensensator der Universität Heidelberg am 9. Dezember 1965 im Großen Saal des Rathauses zu Heidelberg, S. 10. Beilage zu Ruperto-Carola. Mitteilungen der Vereinigung der Freunde der Studentenschaft der Universität Heidelberg, 17. Jahrgang, Bd. 38, Dezember 1965.
- 11 StA Heidelberg AA 22/24.
- 12 Strittig war allerdings, inwiefern sich die Stadt an den Kosten für das Grabmal beteiligen solle. Oberbürgermeister Weber hatte dem nächsten Verwandten, dem Neffen Wolfgang Neinhaus, zunächst die Übernahme der Kosten durch die Stadt zugesagt. Als 1967 das Grabmal errichtet wurde, war Webers Amtsnachfolger Reinhold Zundel in der Verlegenheit, nicht

- zu wissen, auf welchen Haushaltsposten die Kosten zu nehmen waren. Wolfgang Neinhaus trat in Vorleistung, und im März 1969 wurden ihm auf Beschluss des Oberbürgermeisters 8.840 DM rückerstattet. Vgl. ebd.
- 13 Vgl. z. B. Roland Müller: Stuttgart zur Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1988.
 - 14 Arno Weckbecker: Die Judenverfolgung in Heidelberg 1933–1945, Heidelberg 1985; Jörg Schadt, Michael Caroli (Hgg.): Heidelberg unter dem Nationalsozialismus. Studien zu Verfolgung, Widerstand und Anpassung, Heidelberg 1985.
 - 15 Heidelberg zur Stunde Null. Dokumente, Fotos, Augenzeugenberichte 1945, hg. v. Werner Pieper, erw. Neuaufl. Heidelberg 1985, S. 52.
 - 16 Vgl. Rhein-Neckar-Zeitung vom 12.1.1995, „Auf der Suche nach der ‚verbrannten Zeit‘. Heidelberger Geschichtsverein: Werkstattgespräch über Carl Neinhaus.“
 - 17 Frank Moraw, „Ich gestatte mir die Anfrage an den Herrn Oberbürgermeister...“ Carl Neinhaus – Stadtoberhaupt in drei politischen Systemen, in: „verführt und verraten.“ Jugend im Nationalsozialismus. Bruchstücke aus der Region. Ausstellungskatalog für das Kurpfälzische Museum der Stadt Heidelberg, hg. v. Jörn Bahns, Heidelberg 1995, S. 77–83. Moraw wiederholte seine Argumente und führte sie mit Blick auf die Haltung von Neinhaus zu den antisemitischen Maßnahmen des Regimes aus in seinem Beitrag „Die nationalsozialistische Diktatur (1933–1945)“ in dem Sammelband Geschichte der Juden in Heidelberg (Buchreihe der Stadt Heidelberg. Bd. VI. Im Auftrag der Stadt herausgegeben von Peter Blum), Heidelberg 1996, S. 462–483.
 - 18 Ausgabe vom 19.5.1995.
 - 19 Zu Ferdinand vgl. das allerdings nahezu hagiografisch geratene Biogramm von Bernhard Uttenweiler: Ferdinand, Horst, in: Baden-Württembergische Biographien 4 (2007), S. 77–80.
 - 20 Horst Ferdinand: Carl Neinhaus (1888–1965). Aspekte einer umstrittenen Biographie, Sankt Augustin 2002, S. III.
 - 21 Ebd., S. 125.
 - 22 Ebd., S. 128.
 - 23 Ebd., S. 137.
 - 24 Vgl. ebd., S. 159f. u. 178. Der Brief selbst ist banalen Inhalts, sollte aber offenkundig suggerieren, dass da „mehr“ gewesen sein dürfte.
 - 25 Badische Heimat 2/2002.
 - 26 Rhein-Neckar-Zeitung vom 15.10.2002. Die Notiz Genthes findet sich in Generallandesarchiv Karlsruhe 465 q Nr. 13075 als Anlage Nr. 49 zum Schreiben von Neinhaus' Rechtsanwalt an die Berufungskammer Karlsruhe von 5.11.1948.
 - 27 Bd. 3, S. 274–280. Dort schrieb Ferdinand, dass Neinhaus' Verhalten am 29. März 1945 „gleichbedeutend mit einer Befehlsverweigerung gegenüber den ‚Führerbefehlen‘ und daher lebensgefährlich“ gewesen sei. „Nach der Besetzung Heidelbergs wurde über den Rundfunk bekannt, daß Neinhaus von Himmler zum Tode verurteilt worden sei.“ Dass die Redaktion Ferdinand solche Argumente vom bloßen Hörensagen durchgehen ließ, ist ebenso erstaunlich wie die Gesamtkonzeption als Heldengesang, die dem üblichen nüchternen Duktus der Beiträge in dieser biographischen Reihe so gar nicht entspricht.
 - 28 Frank Moraw: Heidelberg im Zeichen der Nürnberger Rassegesetze. Carl Neinhaus und Theresie Wiesert, in: Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt 1 (1996), S. 195–203.
 - 29 Hans-Martin Mumm: „XXII Polizei. Nr. 2 Sicherheit. Massnahmen gegen Zigeuner“. Carl Neinhaus und die Heidelberger Sinti, in: Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt 8 (2003/04), S. 89–95. Zu dem Thema vgl. auch Daniela Gress: Der Verein „Alt Heidelberg e. V.“ und die Vertreibung der Heidelberger Sinti. Bürgerlicher Antiziganismus und lokale Handlungsspielräume unter dem NS-Regime, in: Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt 21 (2017), S. 171–187.
 - 30 Reinhard Riese: Zwei Karrieren. Eine Studie zur Geschichte der Heidelberger Stadtverwaltung 1933–1953, in: Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt 22 (2018), S. 89–109.
 - 31 Reinhard Riese: Dr. Carl Neinhaus: Ein Mann, „der mitgetan hat, ohne innerlich dabei zu sein“, in: Wolfgang Proske (Hg.): Täter Helfer Trittbrettfahrer. Bd. 7: NS-Belastete aus Nordbaden + Nordschwarzwald, Gerstetten 2017, S. 239.

- 32 Zit. nach: ebd., S. 240.
- 33 Ebd., S. 242.
- 34 Ebd., S. 248.
- 35 Ebd., S. 256.
- 36 Carl Neinhaus – ein umstrittener OB und Politiker, in: Rhein-Neckar-Zeitung vom 31.7.2007.
- 37 Marlene Iro: Ex-Ob Carl Neinhaus – ein Diener dreier Herren, in: <http://www.die-stadt-redaktion.de/2014/11/diestadtredaktion/ex-ob-carl-neinhaus-ein-diener-dreier-herren/> (Abruf 6.9.2021).
- 38 StA Weinheim Rep. 36 Nr. 4298, Walter Köhler, Lebenserinnerungen, S. 185.
- 39 Ebd., Kapitel VIII, Der Untergang des Abendlandes? S. 3 vermerkte Köhler, dass Neinhaus ihm daraufhin gesagt habe, „er würde wie ein Bruder handeln“. Jedoch habe er „im Trubel der Zeit die Verwandtschaft vergessen“.
- 40 GLA Karlsruhe 233 Nr. 24318, Sitzungsprotokoll.
- 41 Vgl. ebd., 233 Nr. 23774.
- 42 In seiner Studie über die Konstanzer Stadtverwaltung im Nationalsozialismus (Ostfildern 2012) hat Jürgen Klöckler hierfür die einprägsame und passende Formel „Selbstbehauptung durch Selbstgleichschaltung“ gefunden.
- 43 Vgl. GLA Karlsruhe 465q Nr. 13075, Begründung des Spruchs der Spruchkammer Heidelberg vom 30.5.1947 mit der Zusammenfassung der Entlastungsargumente von Neinhaus, der auch eine „gesundheitliche Schädigung durch die ewigen Kämpfe mit der Partei“ geltend machte.
- 44 Nur einen Zufallsfund mit der Unterschrift von Neinhaus bietet StA Heidelberg GVA 5018 mit Dokumenten zum Verkauf von Grundstücken weit unter Marktwert von Moritz Oppenheimer am Jahresende 1938 an die Stadt Heidelberg, die diese dann als Bauland zur Erweiterung des Stadtteils Pfaffengrund auswies.
- 45 Vgl. hierzu: Robert Neisen: Die Macht der lokalen Verhältnisse: Nationalsozialistische Herrschaft in südwestdeutschen Kommunen. Eine Einführung, in: Ders., Heinrich Maulhardt, Konrad Krimm (Hg.): Kommunen im Nationalsozialismus. Verwaltung, Partei und Eliten in Südwestdeutschland, Ostfildern 2019, S. 9–39.